

Linke Liste Wiesbaden



Unser Ziel: Nachhaltige Stadtgestaltung

Nach Auffassung der Linken Liste spiegelt sich eine nachhaltige Stadtgestaltung vor allem in folgenden Ergebnissen wider:

- Gleichberechtigtes Wohnen und Leben ist in Wiesbaden für alle Bürgerinnen und Bürger möglich. Stadtgestaltung (Planung und Ergebnis) ist kein Projekt für kleine privilegierte Gruppen.
- Mobilität in der Stadt und ins Umland ist sozialverträglich und in zunehmendem Maße umweltschonender.
- Gemäß dem Slogan „Global denken – lokal handeln“, leistet Wiesbaden einen steigenden und messbaren Beitrag für eine verbesserte Umwelt- und damit Lebensqualität.

Die Fraktion der Linken Liste hat sich seit März 2001 durch Mitarbeit in Initiativen (Stadtbahn JA; Lokale Agenda 21), Anträge in der Stadtverordnetenversammlung und Anfragen an den Magistrat engagiert und wird das auch in Zukunft so halten.

Stadtentwicklung und Bebauung

1. **Stadtgestaltung in Wiesbaden muss die ganze Stadt umfassen.** Ausufernde Projekte insbesondere für die Innenstadt (z.B. Neugestaltung der Fußgängerzone oder des Kranzplatzes) hat die Fraktion daher immer abgelehnt. Wenn solche Projekte realisiert werden, natürlich in deutlich bescheideneren Ansätzen, haben sich Handel, Grundstückseigentümer oder Landesregierung angemessen finanziell

daran zu beteiligen. Aber auch anderswo in der Stadt vorgesehenen überdimensionierten Projekten hat die LiLi die Zustimmung verweigert. Dank des Einsatzes einer Bürgerinitiative, die die LiLi mit ihren Möglichkeiten unterstützt hat, konnte der Baubeginn des überdimensionierten Handelsprojektes Phillipshof in Mainz-Kastel verhindert werden.

2. Die Stadt benötigt, so geht es aus eigenen Untersuchungen hervor, zunehmend bezahlbaren Wohnraum insbesondere für größere Familien und Alleinerziehende mit Kindern. Hier muss vor allem über die Wohnungsgesellschaften mit städtischen Eigentumsanteilen dringend etwas passieren. Die Bestände des sozialen Wohnungsbaus sind mindestens zu erhalten. **Privatisierungen von Wohnungen durch Wohnungsgesellschaften mit städtischen Eigentumsanteilen lehnen wir ab.** Die Mieten für Wohnungen dieser Gesellschaften haben sich entsprechend Mietspiegel im unteren Bereich zu bewegen. Der vorhandene Wohnungsbestand in der Stadt ist nach Möglichkeit zu erhalten und, wenn notwendig, zu sanieren. In diesem Sinn hat sich die LiLi z.B. für den Erhalt der Wohngebäude Hauptstraße 119–125 in Mainz-Kostheim eingesetzt.
3. Die LiLi engagiert sich auch dafür, dass **ältere Menschen gleichberechtigte Möglichkeiten haben in Wiesbaden zu leben.** Dazu sind die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten. Reine Wirtschaftlichkeitsüberlegungen haben hier keinen Platz. Deshalb hat sich die LiLi um eine Klärung der weiteren Nutzung des Horst-Petermann-Hauses in Mainz-Kostheim bemüht und setzt sich aktiv für den Erhalt des Dekan-Bangert-Altenheims in Mainz-Kastel ein.
4. Priorität in der Stadtplanung muss das Wohnen und Leben in der Stadt haben. **Dabei sind wir gegen eine weitere Versiegelung von Grün- und Freiflächen sowohl im Stadtgebiet Wiesbadens als auch im Umland.** Ziel sollte eine maßvolle Verdichtung vorhandener Wohnstandorte, verbunden mit einer Aufwertung des Wohnumfeldes, sein. Unter Einbeziehung und bewusster Gestaltung sozialer/kultureller Gegebenheiten, ist das „Gesicht“ der jeweiligen Stadtteile weiter auszugestalten. **Einkaufs-, Kultur-, Kommunikations- und Freizeitangebote gehören in jeden Stadtteil.** Deshalb hat die LiLi u.a. beim Magistrat nachgefragt, welche konkreten Schritte er zur Revitalisierung der Mainzer Straße in Mainz-Kastel als Geschäftsstandort unternimmt.

5. Vorsorglich sind Bebauungspläne für gegenwärtig noch militärisch genutzte oder aus anderen Gründen noch nicht beplante Gelände aufzustellen (z.B. Güterbahnhof West), um Entwicklungspotentiale langfristig sichtbar zu machen. Die Linke Liste Wiesbaden setzt sich daher seit Jahren für eine **vorausschauende Bauplanung** im Bereich des etwa 21 Hektar großen US-Militärgeländes „Kastel Storage Station“ (ehem. „AFEX-Gelände“) **im Zentrum von Mainz-Kastel** ein. Dies sollte auf der Grundlage der vom Ortsbeirat Mainz-Kastel einstimmig befürworteten Planungsstudie „Stadtpark Kastel-Mitte“ geschehen. Bisher hat der Magistrat keine ernsthaften Schritte unternommen, um einen von der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich angenommenen Antrag der LiLi zu diesem Thema umzusetzen.
6. **Es ist mit der Praxis Schluss zu machen, Gewerbegebiete auf Vorrat anzulegen**, was nur zu finanziellen Verlusten der Stadt und zum Entstehen von Gewerbebrachen führt. Daher lehnt die Fraktion Linke Liste Wiesbaden den Ausbau des Gebietes um den Petersweg Ost zum Gewerbegebiet ab. Bereits die bisher dazu vorgenommenen Grundstückskäufe und die Baumaßnahmen in die Infrastruktur haben über 50 Millionen Euro verschlungen. Neue Gewerbeansiedlungen in Wiesbaden sind auf bereits ausgewiesenen Gewerbeflächen, Baulücken und ehemals industriell oder militärisch genutzten Flächen jederzeit möglich.



Verkehr

1. Der **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs** (ÖPNV) zu einem attraktiveren Nahverkehrssystem ist tatsächlich in Angriff zu nehmen und damit die Erhöhung des Anteils des ÖPNV am Verkehrsaufkommen im Verhältnis zum motorisierten Individualverkehr (MIV) zu erreichen. Wir halten trotz gegenwärtiger Ablehnung durch CDU, FDP und REP an einer Stadtbahn für Wiesbaden fest und werden daher auch entsprechende Aktivitäten der Bürgerinitiative „Stadtbahn JA“ mit unseren Mitteln unterstützen.
2. Der vom FDP-Verkehrsdezernenten angekündigte und bisher immer noch nicht vorgelegte überarbeitete Verkehrsentwicklungsplan ist für die LiLi nur zustimmungsfähig, wenn er wirklich zur **Förderung des ÖPNV und zur Zurückdrängung des MIV** beiträgt.



3. **Verkürzung der Taktzeiten** (insbesondere in Schwachlastzeiten, vor allem abends, nachts und am Wochenende) und der **flexiblere Einsatz von unterschiedlichen ÖPNV-Mitteln** (z.B. Kleinbusse, Shuttle-Fahrzeuge, Sammeltaxis) sind weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV.
4. **Fahrpreise für öffentliche Nahverkehrsmittel sind zu senken** (mehr NutzerInnen und damit mehr Einnahmen) und die Bereitstellung von preisgünstigen Job-Ticket-Angeboten für Betriebe und Einrichtungen auszudehnen. Die Tarifgestaltung muss darüber hinaus Subventionen für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger vorsehen. Entsprechende Sonderkarten sind anzubieten.
5. Für Kinder und Schüler sind attraktive Angebote zur Nutzung des ÖPNV vorzusehen. Der Wiesbadener Haushalt darf nicht mit Einsparungen bei der Schülerbeförderung saniert werden. Deshalb beantragte die LiLi im Februar 2005 für die Haushaltsjahre 2005/2006: **Der städtische Eigenanteil an den Kosten der Schülerbeförderung darf nicht auf die Eltern oder Schülerinnen und Schüler abgewälzt werden.** Dieser Antrag fand eine Mehrheit im Stadtparlament.
6. Wiesbaden darf nicht weiter als „autogerechte Stadt“ ausgebaut werden. Deshalb hat die Fraktion Linke Liste Wiesbaden **keinem Projekt für den Neubau oder die Erweiterung von Parkhäusern und Tiefgaragen zugestimmt, die weiteren Autoverkehr vor allem in die Innenstadt holen** (z.B. beim geplanten Neubau von Tiefgaragen unter dem Bowling Green und der Reisinger-Anlage sowie bei der vorgesehenen Erweiterung des ehemaligen Hertie-Parkhauses).
7. Das **Radwegenetz ist** qualitativ und quantitativ **auszubauen** und das Radfahren ist durch geeignete Maßnahmen (z. B. Fahrradabstellanlagen) zu fördern.
8. **FußgängerInnen sind als schwächste Teilnehmer am Straßenverkehr besonders zu schützen** und dementsprechend zu bevorzugen. Vor allem an Unfallschwerpunkten sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen (siehe z.B. Engagement der LiLi wie auch anderer Initiativen für mehr Verkehrssicherheit am Berufsschulzentrum Wiesbaden).

Umwelt

1. Die Linke Liste Wiesbaden wird auch weiterhin gemeinsam mit den Bürgerinitiativen vor Ort **gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens** kämpfen. Bereits heute sind in großen Teilen der Region rund um den Airport die zumutbaren Grenzen der Belastung von Mensch und Natur überschritten. Unser Engagement soll vor allem dazu beitragen, dass es keinen zunehmenden Flugverkehr in den Einzugsbereichen der alten und neuen Ein- und Abflugschneisen gibt und damit die Lärm- und Schadstoffemissionen steigen.
2. Die Strahlenbelastung durch Mobilfunk (Handys und Sendeanlagen) ist gesundheitsgefährdend. Die mit der Inkraftsetzung der 26. BimSchV am 01.01.1997 festgesetzten Grenzwerte entsprechen nicht dem Stand der wissenschaftlichen Forschung. Deshalb hat sich die Fraktion der LiLi in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass sich Bürgerinnen und Bürger unabhängig von den Mobilfunkfirmen und ihren Interessen über die Standorte von Sendeanlagen und deren „strahlende Wirkung“ informieren können. Letztlich erfolgreich hat sie dazu beigetragen, dass zumindest **auf städtischen Schulen, Kindergärten und Sportanlagen keine Mobilfunkanlagen errichtet und betrieben** werden.
3. Auch in Wiesbaden sind umgehend tatsächlich wirksame Maßnahmen durch den Magistrat zu ergreifen, um die **Luftbelastung durch giftige Stickoxide und durch krebserregenden Feinstaub zu senken**. Im Luftreinhalteplan für das Rhein-Main-Gebiet gibt es für Wiesbaden nur neun Maßnahmen, die diesem Ziel dienen. Drei Maßnahmen sind lediglich „zu prüfen“. Andere dienen nur dazu, die Luftverschmutzung in bis jetzt weniger belastete Zonen zu verlagern oder sie sind von marginaler Wirksamkeit. Es ist kein einziger Vorschlag zur Erreichbarkeit der Innenstadt dabei, wenn die Grenzwerte überschritten sind (unser Stichwort: Stadtbahn).
4. Die Linke Liste Wiesbaden will sich in der kommenden Wahlperiode auch solchen **Umweltthemen wie Energiewende, Klimaschutz und nachwachsende Rohstoffe** zuwenden. Obwohl in diesen Handlungsfeldern die Rahmenbedingungen überwiegend von EU, Bund und Ländern vorgegeben werden, sollte Wiesbaden einen aktiveren Beitrag für eine steigende Umwelt- und damit Lebensqualität leisten.

Möglich ist ein solches Engagement der LiLi nur in Zusammenarbeit mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat mit ihren Anträgen und Anfragen immer wieder deutlich gemacht, dass sich die Steuer- und Sozialpolitik des Bundes und des Landes Hessen auch auf Wiesbaden meist ungünstig oder sogar katastrophal auswirkt.

Die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Wiesbaden ist aber nicht ausschließlich ein Ergebnis, das andere bestimmen. Neben der Forderung der LiLi, die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer wieder auf das Niveau von 2001 anzuheben (Mehreinnahmen 2005 von 8 Mio Euro), hat sich die LiLi insbesondere gegen die Verwendung von finanziellen Mitteln der Stadt in Millionenhöhe für solche Projekte wie die neue Vorfahrt für die Staatskanzlei, Erneuerung der Fußgängerzone und vierspuriger Ausbau der Boelckestraße ausgesprochen.

Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste

Anträge zur Stadtverordnetenversammlung

Sachstandsbericht Stationsentwicklungsplan Bahnhof Mainz-Kastel	Dezember 2004
Freigabe des Geländes „Kastel Storage Station“ (ehem. „AFEX-Gelände“) in Mainz-Kastel	2002 und 2003
Trinkwasserversorgung im Bereich Berstädter Graben in Mainz-Kastel	Februar 2003
Entscheidung über die Häuser Hauptstraße 119–125 in Mainz-Kostheim	Dezember 2002
Mobilfunksendeanlagen – Verpachtung von Standorten auf Liegenschaften im Eigentum der Landeshauptstadt Wiesbaden	Juni 2002
Ernennung von Netz-Beauftragten im Zusammenhang mit der Errichtung neuer Mobilfunksendeanlagen	Februar 2002
Raumordnungsverfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main	Januar 2002
Mobilfunkinfrastruktur in Wiesbaden – Bürger unabhängig informieren	September 2001

Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste

Anfragen an den Magistrat

September 2003	Sanierung Mainzer Straße in Mainz-Kastel
Juni 2002	Bewohnerparken – Umsetzung der 35. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
Februar 2002	Gesundheitsgefährdende Baustoffe in öffentlichen Einrichtungen
Dezember 2001	ÖPNV-Fahrpreise beim RMV – geplante Erhöhungen
August 2004	Nutzung der Parkanlage Rheinufer in Mainz-Kastel
August 2004	Geplante Beseitigung der Pappelallee an der Rheinuferpromenade in Mainz-Kastel
Januar 2004	Verkehrsverhältnisse auf der Boelckestraße in Mainz-Kastel – Planungen der US-Army
April 2003	Verkehrssicherheit im Umfeld der beruflichen Schulen
September 2002	Fort Biehler II – Wertgutachten für die Liegenschaften in öffentlicher Hand
Mai 2002	Fußgängerzone – bisherige Aktivitäten

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck